

**Presseschau 20.03.14** Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, russland.ru, Gebietszeitung Sewastopol, , Agentur Kriminform,

### **Ukraine allgemein / Russland:**

- Der venezolanische Präsident Nicolás Maduro hat in seiner täglichen Radiosendung die Position der USA und der EU über Sanktionen gegen Russland wegen der Krim kritisiert, indem er dem Westen Doppelmoral vorwarf. Seiner Meinung nach ist die Doppelmoral deutlich zu erkennen, denn der Westen hatte die Abgliederung Kosovos von Serbien vor zehn Jahren unterstützt, erhebt nun aber Einwände gegen das Referendum auf der Krim, bei dem die Wähler beschlossen, sich mit Russland zu vereinigen.
- Der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu hat am Mittwoch mit dem amtierenden Verteidigungsamtschef der Ukraine, Igor Tenjuch, die Situation in der Ukraine und auf der Krim telefonisch behandelt. „Dabei wurden die Erörterung verschiedener Aspekte der Krisensituation in der Ukraine und Maßnahmen zum Abbau von Spannungen auf der Halbinsel Krim diskutiert“, heißt es in der Mitteilung des Informations- und Pressedienstes des russischen Verteidigungsministeriums.
- UN-Generalsekretär Ban Ki Moon kommt am 20. März in Moskau an. Das Ziel seines Besuches ist die Besprechung der Lage in der Ukraine mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und dem russischen Außenminister Sergej Lawrow. Danach wird Ban Ki Moon die Ukraine besuchen, um mit den neuen Behörden in Kiew zu verhandeln. Das Hauptanliegen des Diplomaten ist die Organisation eines direkten Dialogs zwischen Moskau und Kiew. Der Politiker ist sicher, dass die Krise friedlich geregelt werden kann. Das Wichtigste ist, auf Eilschritte und Provokationen zu verzichten.
- Die Ukraine muss die Preise für Strom und Gas für ihre Bevölkerung erhöhen, wenn sie die internationalen Finanzhilfen erhalten will.
- Der ehemalige Leiter des IWF forderte die Ukraine auf, endlich Reformen einzuleiten und nicht immer um Hilfe zu bitten.
- Russland warnt Frankreich vor einer Kündigung des Vertrags zur Lieferung von Mistral-Hubschrauberträgern. Laut Vize-Verteidigungsminister Juri Borissow wird Moskau Schadenersatz fordern, sollte der Milliarden-Deal platzen.
- Kirgisien hat die Ergebnisse des Referendums auf der Krim anerkannt, heißt es in der am Donnerstag verbreiteten Erklärung des kirgisischen Außenamts.
- Die argentinische Präsidentin Cristina Kirchner hat am Mittwoch den USA und Großbritannien, die den Beitritt der Krim zur Russischen Föderation nicht anerkennen, die Anwendung „doppelter Standards“ vorgeworfen.

- Die neue ukrainische Regierung sollte nach Worten von Tschechiens Präsident Milos Zeman die „faschistischen Extremisten“ loswerden.  
Als nächsten Schritt sollte die ukrainische Regierung das Land zu einer Föderation machen, sagte Zeman am Donnerstag in einem Interview für das tschechische Internetportal aktualne.cz. „Das käme der Regierung zugute.“ Der Präsident sprach sich für eine schnellstmögliche Aufnahme der Ukraine in die EU aus. „Das wäre die einzige Möglichkeit, die Ukraine zum gleichberechtigten Partner Russlands werden zu lassen“, sagte er.  
Der tschechische Präsident ist ferner der Ansicht, dass die Krim de facto Teil Russlands ist. „Die Krim war nie ukrainisch, bis (der sowjetische Staats- und Parteichef Nikita) Chruschtschow die Halbinsel der Ukraine geschenkt hatte“, erinnerte Zeman.
- Die tschechische Regierung will die Übersiedlung einer Gruppe von Wolhynientschechen aus der Ukraine organisieren.  
Rund 40 Familien von Wolhynientschechen beantragten bei den tschechischen Behörden eine Repatriierung. Ihren Worten zufolge verschlechterte sich die Lage in der Ukraine jeden Tag.
- *Das steht in krassem Gegensatz zu dieser Meldung:*  
Vertreter der russischsprachigen Minderheit sind in der Ukraine verdrängt oder sogar angegriffen worden, sagte der für die Menschenrechte zuständige Assistent des UN-Generalsekretärs Ivan Šimonović in einer Sitzung des UN-Sicherheitsrates. Alle Verstöße sollen sorgfältig ermittelt werden, sagte er.  
Šimonović behauptet jedoch, **dass derartige Fälle nicht systematisch vorkommen.**
- Der neue ukrainische Regierungschef Arsenij Jazenjuk hat sich gegen eine sofortige Einführung der Visapflicht für die Staatsbürger Russlands ausgesprochen, die von Regierungsmitgliedern beantragt worden war. Nach seinen Worten würde der Vorstoß der Ukraine mehr Schaden als Nutzen bringen.
- **Der Rat für Sicherheit der Ukraine, der die Visapflicht für russische Staatsbürger einführen möchte, reagierte empört auf Jazenjuks Aussage. Es wurde darüber diskutiert, ob man ihn nicht auf dem Maidan zur Rechenschaft ziehen sollte.**  
**Außerdem verärgert die Mitglieder des Rates, dass sich die westlichen Regierungen lieber mit Jazenjuk als mit ihnen abstimmen.**
- Die Visapflicht wird nun doch von der Ukraine eingeführt. Zunächst wird mit dem Vermerk von Ein- und Ausreise begonnen.
- Die Unterstützung der Russen für Putin ist auf dem Höchststand seit 5 Jahren (75,7%). Die kritischen Stimmen sind auf einen Tiefstand geschrumpft.
- US-Präsident Barack Obama hat am Donnerstag neue Sanktionen gegen Russland verkündet.  
„Wir erweitern die Liste der Bürger Russlands, denen die Einreise in die USA verwehrt wird und deren Aktiva auf dem Territorium der Vereinigten Staaten gesperrt werden“, teilte Obama in Washington mit. Er habe eine zweite Anordnung unterzeichnet, die es den USA gestatte, auch wichtige Sektoren der russischen Wirtschaft mit Sanktionen zu belegen“, sagte der Präsident.  
**Am gleichen Tag veröffentlichte das russische Außenministerium seine Liste von US-Amtsträgern, denen die Einreise nach Russland untersagt wird.** Es geht um neun Personen, darunter die Präsidentenberater Dan Pfeiffer und Ben Rods sowie um den Chef des Repräsentantenhauses, John Boehner, und Senator John

McCain.

- Russland warnte Kiew davor, das Eigentum russischer Firmen in der Ukraine zu beschlagnahmen. Man werde mit adäquaten Maßnahmen zu antworten wissen.
- **Abgeordnete der Parteien „Udar“ und „Vaterland“ fordern einen Austritt der Ukraine aus dem Atomwaffensperrvertrag.**

#### **Krim:**

- Russlands Verteidigungsminister Sergej Schoigu hat sich an die Führung der Krim mit der Bitte gewandt, den festgenommenen Chef der ukrainischen Seestreitkräfte, Konteradmiral Sergej Gaiduk, freizulassen und seinen Umzug auf das Territorium der Ukraine nicht zu behindern, teilt der Informations- und Pressedienst des russischen Verteidigungsamtes mit.  
Wie zuvor berichtet, war „Gaiduk am Mittwoch von der Staatsanwaltschaft vorübergehend festgenommen worden, weil es Fragen an ihn gab“.  
„Der russische Verteidigungsminister verwies darauf, dass Gaiduk gezwungen war, Befehle seiner Führung zu erfüllen. Gaiduk ließ sich dabei von den Militärstatuten der ukrainischen Streitkräfte leiten“, heißt es in der Mitteilung.
- Gaiduk wurde freigelassen.
- Die Selbstverteidigungskräfte der Stadt Sewastopol haben über 30 mutmaßliche Aktivisten rechtsradikaler Organisationen festgenommen und an die Ukraine ausgeliefert. Die Aktivisten sollen Provokationen beim Referendum geplant haben, meldet die Nachrichtenagentur Kriminform.  
Laut Angaben der Funkaufklärung funktionierten im Gebiet Sewastopol etwa 50 Verbindungskanäle, die von Bachtschyssarai aus koordiniert wurden, hieß es.  
Um keine Provokationen zuzulassen, bildeten die Selbstverteidigungskräfte der Stadt Blockposten, führten Bergstraßenpatrouillen ein und gründeten spezielle Aufklärungsabteilungen.
- Nach Todesschüssen in Simferopol vom vergangenen Dienstag haben die Sicherheitskräfte der Krim mehrere Personen festgenommen. Das teilte Krim-Regierungschef Sergej Aksjonow am Donnerstag in Simferopol mit.  
„Dahin gehende Informationen werden überprüft, einige Personen sind gestellt. In jedem Fall ist die Stelle bekannt, wo der Schütze seine Position hatte“, sagte Aksjonow.  
Vorläufigen Angaben zufolge handelt es sich um Leute vom Rechten Sektor“, sagte der Parlamentspräsident der Krim, Wladimir Konstantinow, am Donnerstag in der Hauptstadt Simferopol.  
Eingeleitet wurde ein Ermittlungsverfahren wegen Mordes.

#### **Ostukraine:**

- Der ukrainische Sicherheitsdienst gibt bekannt, dass er zwei subversiv arbeitende Gruppierungen in Lugansk enttarnt habe. Mehrere Personen wurden verhaftet und werden wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung angeklagt. Die Gruppen agierten gegen die derzeitigen Machthaber in Kiew.
- In Odessa spitzt sich die Lage immer mehr zu. Die Vertreter des Antimaidan fordern die Freilassung des verschleppten und eingesperrten Anton Dawidschenko, ein

Referendum für eine föderale Struktur der Ukraine und ein Ende der Repressalien. Sie belagern mehrere öffentliche Gebäude der Stadt. „Als die Maidanaktivisten in der Westukraine Progrome veranstalteten und Gebäude besetzten, hat man sie nicht als Separatisten bezeichnet. Warum also uns, die wir friedlich protestieren?“, fragte einer der Mitorganisatoren der Protestbewegung.

Für Sonntag ist eine Massendemonstration angekündigt.

Die Befürworter der Kiewer Machthaber veranstalten ebenfalls Kundgebungen, besetzen Gebäude, zünden Autos von Protestierenden an und überfallen die Zelte, in denen Unterschriften für das Referendum gesammelt werden.

- In Odessa wird die Generaldirektorin der Telekommunikation Marina Aksenowa durch die „Volksverteidiger des Maidan“ unter Androhung von physischer Gewalt zum Rücktritt gedrängt. Aksenowa wandte sich in einem Schreiben an Präsident Turtshinow. Darin berichtet sie auch von anderen Überfällen auf Verantwortliche der Massenmedien in der Region und fordert die Regierung zum Handeln auf.